

Politik für Familien

Synopse der familienpolitischen Positionen
zur Niedersächsischen Landtagswahl
am 20. Januar 2013

AGF

ArbeitsGemeinschaft der Familienverbände
in Niedersachsen



Synopse der familienpolitischen Positionen zur Nds. Landtagswahl 2013

Synopse der familienpolitischen Positionen zur Nds. Landtagswahl 2013

Politikfeld						
U3	U3-Personalkostenanteil des Landes wird bis auf 52 % steigen. Bis 2014 Versorgungsgrad von 40 % anstreben.	Bundesmittel für Betreuungsgeld für Krippen und Betreuungsausbau verwenden!	3. Kraft für unter Dreijährige, kein Betreuungsgeld	Bedarfsgerechte Krippenplätze, ein/e ErzieherIn pro 5 Kinder U3; kein Betreuungsgeld	Rechtsanspruch sofort, 1 ErzieherIn pro 4 Kinder bis 3 Jahren	Elterngeld darf nicht auf SGB II-Leistungen angerechnet werden. Bedarfsgerechte Betreuungsangebote für unter Dreijährige in qualifizierter Tagespflege o. Kita. 3. Kraft in Krippen
Kindergarten	Brückenjahr, „Kindergarten u. Grundschule unter einem Dach“ als Projekt, insgesamt Rahmenbedingungen verbessern für Inklusion Qualifizierung	Finanzierung über Gutscheinmodell, Steigerung der Qualität nur über Qualifizierung. Langfristig beitragsfrei für Eltern	Familienzentren. Gruppen auf 20 Kinder verkleinern, mehr Zweidrittel-Plätze. Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung langfristig: Bessere Bezahlung + Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen. Inklusion und Interkulturalität; Sprachförderung integrieren	Familienzentren fördern. Gruppengröße reduzieren, Inklusion (Inklusionsbeitrag)	Ausbau von Ganztagsbetreuung, Inklusion, Beitragsfreiheit, 1 ErzieherIn pro 8 Kinder bis 6 Jahren. Mehr Verfügungsstunden, bessere Bezahlung für KiTa-Personal	Familienzentren Mittelfristig Beitragsfreiheit Kleinere Gruppen, Inklusion integrierte Sprachförderung. Bessere Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen

Synopse der familienpolitischen Positionen zur Nds. Landtagswahl 2013

Politikfeld	CDU	FDP	Bündnis90/DieGrünen	SPD	Die Linke	AGF
Schule	Ganztagsschule, kleinere Klassen.	Ganztagsschule, ergänzend kostenpflichtiges Hortangebot, kleinere Klassen	Ganztagsschule, kleinere Klassen, individuellere Förderung um Sitzenbleiben und Abschulung überflüssig zu machen. Abitur nicht nur nach 12 Jahren, Hürden für Gesamtschulen abbauen	Ganztagsschulen (Priorität für Grundschulen, IGS, Brennpunktschulen), Klassengrößen senken. Lehrerbildung modernisieren. Schullaufbahnpflicht abschaffen	IGS für alle Kinder mindestens bis Klasse 10. Abitur nach 13 Jahren. Deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulen, zur drastischen Reduzierung der Klassengrößen und besserer individueller Förderung der Schülerinnen und Schüler. Alle Schulen werden zu gebundenen Ganztagsschulen.	Bedarfsgerechte inklusive Ganztagsschulen mit einheitlicher Ausstattung. Nachmittagsangebote in Grundschulen mit Personalschlüssel wie im Hort, zusätzliches kostenpflichtiges Hortangebot, kleinere Klassen, individuelle Förderung,
Eltern, Arbeitsteilung	Flexible Arbeitszeitmodelle für Eltern u. Pflegende Aktionsplan „Familienfreundliche Unternehmen“	Vereinbarkeit Familie/Beruf verbessern; flexible Arbeitszeitmodelle fördern	Wahlfreiheit, weitest mögliche Abschaffung des Ehegattensplittings, Kindergrundsicherung	Ehegattensplitting durch Individualbesteuerung ersetzen. Väterarbeit weiterentwickeln	Bundratsinitiative für ein Elterngeld nach skandinavischem Vorbild: Die Verantwortung für die Erziehung von Kindern obliegt beiden Elternteilen. Die Modalitäten des Elterngeldes müssen dem gerecht werden. Das Elterngeld darf nicht bei Leistungen nach SGB II angerechnet werden.	Anreize für familienfreundliche Unternehmenspolitik für Mütter und Väter

Synopse der familienpolitischen Positionen zur Nds. Landtagswahl 2013

Politikfeld	CDU	FDP	Bündnis90/DieGrünen	SPD	Die Linke	AGF
Rente	Erziehungszeiten in RV für vor 1992 geborene Kinder angleichen					Mindestens drei Jahre Erziehungszeit für alle Kinder Bei Eltern werden die Beiträge zur Rentenversicherung erst nach Abzug des Existenzminimums der Kinder berechnet
Hochschule, Ausbildung		Studienbeiträge beibehalten	Studiengebühren abschaffen, Hochschulfinanzierung neu organisieren, familienfreundliche Hochschule	Studiengebühren abschaffen. Ausbildungsgarantie, Schulgeldfreiheit für Erstausbildung	Abschaffung aller Studiengebühren, auch der sogenannten Verwaltungskosten- und Langzeitstudiengebühren, spätestens zum Sommersemester 2013 Ausbildungspflicht, -abgabe	
Kinderschutz	Koordinierungszentren Kinderschutz Frühe Hilfen, Familienhebammen flächendeckend	Einsatz von Familienhebammen ausbauen, zusätzliche Untersuchungen in Schulen	Verbindliches Einladungswesen wieder abschaffen Kinderkommission im Landtag	Kinderschutz- u. Fördergesetz, Kinderschutzbericht, Kinderkommission auf Landesebene		Netzwerke früher Hilfen, Einsatz von Familienhebammen landesweit

Synopse der familienpolitischen Positionen zur Nds. Landtagswahl 2013

Politikfeld	CDU	FDP	Bündnis90/DieGrünen	SPD	Die Linke	AGF
Wohnen	Familien- und altersgerechtes Wohnen fördern (Soziale Stadt, Kleinere Städte u. Gemeinden, sozialer Wohnungsbau)		Familiengerechte Sozialwohnungen fördern, Soziale Stadt fortführen		soziales Wohnungsbau-programm	Ausreichendes Angebot an bezahlbarem, familiengerechtem Wohnraum. Fußläufig erreichbare Infrastruktur.
Pflege			Persönliches Pflegebudget, alternative Wohnformen, Begutachtungsverfahren neu strukturieren	Optionszeiten (Rechtsanspruch auf Pflegezeiten und Ausgleichszahlungen)	Bundesratsinitiative, die Unterscheidungen der Pflegepauschalen nach ambulant/stationär und familiär/nicht-familiär bei der Betreuung aufhebt	Optionszeiten analog Elternzeit mit Lohnersatzleistung und Sozialversicherung, neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff durchsetzen.
Sonstiges: Haushalt, Wahlberechtigung, Migration, Landesfamilienförderung	Auch Teil von Generationengerechtigkeit: Ausgeglichenere Haushalt, gesunde Wirtschaft	Kein Auseinanderreißen von Migrantenfamilien bei Abschiebung	Wahlalter 14 Jahre für Kommunal- + Landtagswahlen	Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken Familienerholung, Familienfreizeiten fördern	Bundesratsinitiative mit dem Ziel, dass das Kindergeld nicht auf die Leistungen nach SGB II angerechnet wird weitere Absenkung des Wahlalters, in einem ersten Schritt auf 16 Jahre bei Landtags- und 14 Jahre bei Kommunalwahlen	Solide Finanzpolitik Keine Trennung von Familien im Asylverfahren oder durch Abschiebung Familienerholung, Familienfreizeiten weiter fördern

AGF

Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen

Ebhardtstraße 3A
30159 Hannover
0511 – 3604 110
geschaeftsstelle@agf-niedersachsen.de
www.agf-niedersachsen.de